Politisches Wissen

Bettina Westle
Markus Tausendpfund *Hrsg.*

Politisches Wissen

Relevanz, Messung und Befunde

Springer VS

Politisches Wissen

Reihe herausgegeben von
Bettina Westle, Marburg, Deutschland
Markus Tausendpfund, Hagen, Deutschland

Normative Theorien der Demokratie zeichnen nicht selten ein Bild von bestens informierten, politisch kenntnisreichen und ihre wohlgeordneten Präferenzen selbstbewusst und engagiert vertretenden Bürgern. Während sich eine Vielzahl nationaler und international vergleichender Studien seit Jahrzehnten kontinuierlich der empirischen Analyse von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen widmet, fehlt es – trotz der so genannten kognitiven Wende in den Sozialwissenschaften – im deutschen Kontext an Studien zum politischen Kenntnisstand. Über das politische Wissen und das Verständnis politischer Vorgänge bei den Bürgerinnen und Bürger liegen nur äußerst fragmentarische, punktuelle empirische Analysen in Fachzeitschriften vor. Angesichts dessen, dass die Kenntnis politischer Fakten und Zusammenhänge jedoch eine grundlegende Voraussetzung ist, um die demokratische Staatsbürgerrolle kompetent zu erfüllen – z. B. die eigenen Interessen zu vertreten, die Handlungen der politischen Eliten verstehen und kontrollieren zu können – besteht hier ein erhebliches Defizit. Ziel der Reihe ist es, diese Lücke zu füllen.

Weitere Bände in der Reihe http://www.springer.com/series/15931

Bettina Westle · Markus Tausendpfund
(Hrsg.)

Politisches Wissen

Relevanz, Messung und Befunde

Springer VS

Hrsg.
Bettina Westle
Institut für Politikwissenschaft
Philipps-Universität Marburg
Marburg, Deutschland

Markus Tausendpfund
Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften
FernUniversität in Hagen
Hagen, Deutschland

ISSN 2523-8361 ISSN 2523-837X (electronic)
Politisches Wissen
ISBN 978-3-658-23786-8 ISBN 978-3-658-23787-5 (eBook)
https://doi.org/10.1007/978-3-658-23787-5

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Springer VS
© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.
Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Verantwortlich im Verlag: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort VII

Autorinnen und Autoren IX

Politisches Wissen: Relevanz, Messung und Befunde 1
Bettina Westle und Markus Tausendpfund

Teil I
Probleme der Messung 41

Verstreute Einzelkenntnisse und nichts dahinter? Zur Messung politischen Wissens mittels Faktenfragen 43
Thomas Schübel

Probleme der Messung politischen Wissens im internationalen Vergleich 71
Martin Elff

Teil II
Bestimmungsfaktoren des politischen Wissens 95

Politisches Wissen to go? Politische Wissensvermittlung über Wahlplakate 97
Christian Cleve

Beschäftigungsunsicherheit, politisches Wissen und Wahlbeteiligung . . . 121
Paul Marx

Nur „freundliches Desinteresse“? Ausmaß und Determinanten verteidigungspolitischen Wissens in Deutschland 145
Markus Steinbrecher und Heiko Biehl

Die Rolle von Migrations- und Integrationsprozessen für das Parteienwissen von türkischen und polnischen Neuzuwanderern in Deutschland 177
Anne Gresser

Teil III
Folgen des politischen Wissens 205

Politisches Wissen und Europawahlen 207
Daniela Braun und Markus Tausendpfund

Die Effekte von politischem Interesse und Wissen auf das Wahlverhalten euroskeptischer Bürger bei Europawahlen 237
Constantin Schäfer

Effekte spezifischen politischen Wissens auf einstellungskongruente Wahlentscheidungen 263
David Johann und Sabrina Jasmin Mayer

Soziodemografische Cues zur Beurteilung von Parteienkompetenz 289
Astrid De Souza

Vorwort

Politisches Wissen ist in Deutschland ein vernachlässigtes Forschungsfeld – und dies trotz seiner zentralen Bedeutung für eine kompetente und effektive politische Beteiligung in der Demokratie. Die wenigen vorliegenden Befunde sind punktuell und eröffnen teilweise mehr Fragen als sie beantworten. Die Reihe „Politisches Wissen", in deren Rahmen dieser erste Sammelband erscheint, will dazu beitragen, diese Forschungslücke zu schließen.

Grundlage für den vorliegenden Band war ein Workshop, der im Rahmen eines DFG-Projektes zu „Wahlrelevantem politischem Wissen" im Jahr 2017 an der Philipps-Universität Marburg stattfand. Dieser Workshop ist auf außerordentlich große Resonanz gestoßen. Infolgedessen wurde für diesen Auftakt eine breite Themenvielfalt zugelassen, die sich auch im vorliegenden Band widerspiegelt, wenn auch nicht alle Workshop-Beiträge aufgenommen werden konnten. Die Beiträge in diesem Band behandeln Fragen der Messung, der Bestimmungsfaktoren und der Konsequenzen des politischen Wissens. Sie geben erste Antworten auf drängende Fragen und weisen auf Lücken in der Forschung zum politischen Wissen hin. Alle Beiträge haben ein double-blind Begutachtungsverfahren durchlaufen und wurden zusätzlich von beiden Herausgebern begutachtet. Wir sind den Autorinnen und Autoren für die sorgfältige und mehrfache Überarbeitung ihrer Beiträge zu großem Dank verpflichtet. Außerdem möchten wir uns an dieser Stelle nochmals herzlich bei den Gutachtern für ihre Hinweise und Kommentare bedanken: Simone Abendschön, Kai Arzheimer, Ina Bieber, Joachim Detjen, Oscar W. Gabriel, Sascha Huber, Martin Kroh, Steffen Kühnel, Susanne Pickel, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Susumu Shikano und Eva-Maria Trüdinger. Selbstverständlich bieten die Beiträge nur einen kleinen Einblick in die vernachlässigten Forschungsfelder des politischen Wissens. Zahlreiche wichtige Themengebiete werden nicht oder nur am Rande angesprochen. Die intensiven Diskussionen im

Rahmen des Workshops zeigten zudem, dass die Thematik interessiert und fesseln kann. Auch wurden viele, teils brennende offene Fragen aufgeworfen.

Ziel der Reihe ist es, inhaltliche und methodische Fragen zu politischem Wissen, Informationsangebot und -verarbeitung sowie zum Zusammenspiel mit der Nutzung von Heuristiken sowie der Funktionsweise von Wissen in unterschiedlichen Kontexten in den Blick zu nehmen. Der räumliche Fokus liegt dabei auf Deutschland, aber ländervergleichende Studien sollen die nationale Perspektive ergänzen. Die Reihe ist sowohl offen für Monografien (auch Qualifikationsarbeiten) als auch für Konzept- und Sammelbände. Der Schwerpunkt der Reihe liegt bei politikwissenschaftlichen Zugängen, aber auch ein Blick in verwandte Disziplinen wie etwa die Politikdidaktik und die politische Bildung ist willkommen. Wir freuen uns über Ihre Vorschläge!

Marburg/Hagen, August 2018
Bettina Westle und Markus Tausendpfund

Autorinnen und Autoren

Dr. Heiko Biehl ist Leiter des Forschungsbereichs Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Militärsoziologie und Politische Soziologie.
E-Mail: HeikoBiehl@bundeswehr.org

Dr. Daniela Braun ist Wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut (GSI) der Ludwig-Maximilians-Universität in München (LMU). Forschungsschwerpunkte: politische Einstellungs- und Verhaltensforschung, Parteienwettbewerb und die Wahlen zum Europäischen Parlament.
E-Mail: Daniela.Braun@gsi.uni-muenchen.de

Christian Cleve hat Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg studiert. Aktuell arbeitet er als Online-Tutor an der Arbeitsstelle Quantitative Methoden an der FernUniversität in Hagen. Forschungsschwerpunkte: politisches Wissen und Experimentalforschung.
E-Mail: christian.cleve@fernuni-hagen.de

Prof. Dr. Martin Elff ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Soziologie am Fachbereich Staats- und Gesellschaftswissenschaften der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen. Forschungsschwerpunkte: Wahl- und Einstellungsforschung, gesellschaftliche Grundlagen demokratischer Politik, systematische Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen, Methoden der Politikwissenschaft.
E-Mail: martin.elff@zu.de

Dr. Anne Gresser ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Mikrosoziologie der Universität Konstanz. Forschungsschwerpunkte: Migrations- und Integrationsprozesse, soziale und ethnische Bildungsungleichheiten, Spracherwerb und Mehrsprachigkeit.
E-Mail: anne.gresser@uni-konstanz.de

Dr. David Johann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (Berlin). Forschungsschwerpunkte: politische Einstellungs- und Verhaltensforschung, Wissenschaftsforschung und Methoden der empirischen Sozialforschung.
E-Mail: johann@dzhw.eu

Paul Marx ist Professor für Politikwissenschaft am Institut für Sozioökonomie der Universität Duisburg-Essen. Forschungsschwerpunkte: politische Einstellungs- und Verhaltensforschung, Arbeitsmarktwandel und soziale Ungleichheit.
E-Mail: paul.marx@uni-due.de

Dr. Sabrina J. Mayer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Empirische Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Forschungsschwerpunkte: Soziale Identitäten, politische Einstellungs- und Verhaltensforschung und Methoden der empirischen Sozialforschung.
E-Mail: sabrina.mayer@uni-due.de

Constantin Schäfer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft III, Vergleichende Regierungslehre, der Universität Mannheim. Forschungsschwerpunkte: Euroskeptizismus, Wahl- und Einstellungsforschung, Parteienwettbewerb, europäische Integration und quantitative Methoden.
E-Mail: constantin.schaefer@uni-mannheim.de

Dr. Thomas Schübel arbeitet als Data Scientist innerhalb der Conrad Gruppe. Zuvor war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Konstanz und Marburg im Bereich Quantitative Methoden tätig. Forschungsschwerpunkte: politisches Wissen und Messmethoden.
E-Mail: thomas.schuebel@re-in.de

Astrid De Souza ist Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft der philosophischen Fakultät der Philipps-Universität Marburg. Forschungsschwerpunkte: politisches Wissen, Heuristiken und politische Einstellungsforschung.
E-Mail: astrid.desouza@staff.uni-marburg.de

Dr. Markus Steinbrecher ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam. Forschungsschwerpunkte: politisches Verhalten, politische Einstellungen, politische Psychologie und Militärsoziologie.
E-Mail: MarkusSteinbrecher@bundeswehr.org

Dr. Markus Tausendpfund ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften, Arbeitsstelle „Quantitative Methoden", an der FernUniversität in Hagen. Forschungsschwerpunkte: Methoden der empirischen Sozialforschung, Einstellungs- und Verhaltensforschung sowie lokale Politikforschung.
E-Mail: Markus.Tausendpfund@fernuni-hagen.de

Prof. Dr. Bettina Westle ist Inhaberin der Professur für Methoden der Politikwissenschaft und Empirische Sozialforschung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg. Forschungsschwerpunkte: Wahl-, Partizipations- und Einstellungsforschung, Politik-Kognitionen, Politische Kultur, Kollektive Identität, Migration und Demokratie.
E-Mail: westle@staff.uni-marburg.de

Politisches Wissen: Relevanz, Messung und Befunde

Bettina Westle und Markus Tausendpfund

„If a nation's citizens are politically apathetic and uniformed, democratic governance may be nothing more than symbol and myth" (Mondak 1994, S. 117)

1 Einführung

Seit der Aufklärung gilt politisches Wissen als Voraussetzung für die Mündigkeit der Bürger.[1] Insbesondere normative Partizipationstheorien der Demokratie zeichnen nicht selten das Bild vom demokratischen Bürger als *homo politicus*, der politisch kenntnisreich und bestens informiert ist und seine geordneten Präferenzen selbstbewusst vertritt. „An informed citizenry, able to appreciate its interests and make intelligent judgments, is essential to democracy" (Bennett 1989, S. 422). Dementsprechend haben in der amerikanischen politikwissenschaftlichen Forschung Untersuchungen über den Zusammenhang von Wissensständen sowie Strukturen des politischen Wissens mit dem politischen Entscheidungsprozess eine lange Tradition und genießen einen hohen Stellenwert. „Political knowledge has attained the status of a cornerstone construct in research on political behavior" (Mondak 2001, S. 238).

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Band nicht durchgängig eine geschlechterneutrale Sprache verwendet. Begriffe wie Bürger oder Staatsbürger werden hier – außer im Fall, dass Unterschiede zwischen Frauen und Männern thematisiert werden – geschlechtsneutral verwendet.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

B. Westle und M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politisches Wissen*,
Politisches Wissen, https://doi.org/10.1007/978-3-658-23787-5_1

Während sich eine Vielzahl nationaler und international vergleichender Studien seit Jahrzehnten kontinuierlich der empirischen Untersuchung von politischen Einstellungen, Wahlverhalten und sonstigen politischen Partizipationsformen widmet, fehlt es im deutschen Kontext an Studien zu politischem Wissen. Über das politische Wissen und das Verständnis politischer Vorgänge in Deutschland gibt es kaum theoretische Überlegungen und es liegen auch nur äußerst fragmentarische, punktuelle empirische Daten vor. Dieser Mangel an Forschung im deutschsprachigen Raum ist problematisch, da vermutet werden kann, dass Demokratie ohne politisches Wissen der Bürger nicht funktioniert und ein guter Informationsstand die Funktionsweise der Demokratie verbessert. Politische Faktenkenntnisse und das Verständnis politischer Vorgänge sind unverzichtbare Voraussetzungen dafür, dass Bürger kompetent ihre eigenen politischen Interessen identifizieren und sie in den politischen Prozess einbringen können. Ohne entsprechende Kompetenzen kann es auch kaum möglich sein, die Regierung, Parteien und Politiker und deren Politiken sachgerecht zu beurteilen und zu kontrollieren.

Individuelle Unterschiede im politischen Wissensniveau sind auch empirisch mit vielfältigen Konsequenzen verbunden – etwa dass sich kompetentere Bürger durch demokratischere und tolerantere Einstellungen auszeichnen und geringere Anfälligkeit für populistische Vereinfachungen komplexer Problemlagen zeigen, größere Wachsamkeit gegenüber den politischen Eliten aufweisen oder sich stärker und effektiver politisch engagieren. Daher stellt politisches Wissen einen wichtigen Einflussfaktor für politische Chancengleichheit dar. Insbesondere wenn bestimmte soziodemografische Gruppen der Gesellschaft dauerhaft geringe Kenntnisstände aufweisen, kommt dieser Zustand einem Ausschluss aus dem demokratischen Prozess nahe, der dem demokratischen Selbstverständnis gleicher Einflusschancen widerspricht (Dahl 2006). So beobachten bspw. Bennett (1996) sowie Delli Carpini und Keeter (1996), dass in den USA vor allem historisch lange von politischer Partizipation ausgeschlossene und heute sozial oder ökonomisch benachteiligte Gruppen, die am meisten von stärkerer Beteiligung profitieren könnten, am wenigsten politisches Wissen besitzen: Schwarze, Frauen, Menschen mit niedrigem Einkommen und Junge. Ähnliches zeichnet sich auch für Deutschland ab (s. auch Abschnitt 4.2).

Politische Faktenkenntnisse und politisches Verständnis sind ebenfalls wichtige Voraussetzungen dafür, neue Informationen aufzunehmen und zu verstehen. Eine lange Forschungstradition in der Kommunikationswissenschaft beschäftigt sich bspw. mit der Hypothese einer wachsenden Wissenskluft (Tichenor et al. 1970; im Überblick Bonfadelli 1994; 2002), d.h. Menschen mit bereits größerem politischen Wissen profitieren stärker von neuen Informationen aus den Medien als solche mit geringen Kenntnissen. Nur wenn neue Informationen mit alten vernetzt, in diese

eingebettet werden können, ergeben sie Sinn und können dauerhaft im Gedächtnis verankert werden. Dieser Prozess kann zu einer sich immer weiter öffnenden Schere zwischen „Experten“ und „Ignoranten“ führen. Darüber hinaus ist eine gute Kenntnislage wichtig, um neue Informationen kritisch beurteilen und falsche Informationen erkennen zu können. Dieser Aspekt nimmt gegenwärtig in Zeiten des Informationsüberflusses durch das Internet – inklusive schlecht recherchierter oder falscher Nachrichten, sog. alternativer Fakten und Fake News – an Wichtigkeit zu (Sängerlaub 2017a, b; Porter et al. 2018).

Allerdings bestehen erhebliche Zweifel daran, dass die Bürger das normative Idealbild kenntnisreicher, rationaler Demokraten erfüllen. Die wohl bekannteste Äußerung hierzu stammt aus einem Überblicksartikel von Converse (1990, S. 372): „The two simplest truths I know about the distribution of political information in modern electorates are that the mean is low and the variance is high.” Dieses Diktum bezieht sich nicht nur auf die US-amerikanische Bevölkerung, sondern auf verschiedene Nationen und Zeiten (s. auch Abschnitt 4.1). Nach den wenigen vorliegenden Befunden bestätigt sich dies auch für Deutschland und trotz der Bildungsexpansion und massiv expandierten medialen Informationsmöglichkeiten scheint der politische Kenntnisstand keineswegs gewachsen zu sein. Diese Beobachtung stimmt nicht nur pessimistisch, sondern forciert auch die Dringlichkeit, etwas gegen diese Lücken in der deutschen Forschungslandschaft zu unternehmen.

Wenn man sich in der Wissenschaft, der politischen Bildung oder der Politik mit politischem Wissen beschäftigt, gerät man schnell in den Verdacht, demokratische Bürgerrechte an Kompetenz binden zu wollen. Das ist nicht unser Anliegen. Es soll keine „Politikprüfung“ und kein „Wähler-Führerschein“ als Voraussetzung für das Wahlrecht eingeführt werden, es geht nicht um Examinierung der Bevölkerung. Politisch inkompetenten Bürgern soll nicht normativ die politische Partizipation verwehrt werden (s. aber: Brennan 2011, 2017). De facto ist eine inkompetente Bürgerschaft jedoch der effektiven Ausübung ihrer Rechte beraubt: Ein Recht, das man nicht mit dem erwünschten Ziel auszuüben vermag, ist eine leere Hülle. Politische Inkompetenz unterhöhlt den zentralen Wert der Idee der Demokratie, die Selbstbestimmung. Daher kann und sollte es Ziel einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit politischer Kompetenz sein, die Bereiche zu identifizieren, die grundlegend für effektive politische Selbstbestimmung sind, Lücken und Probleme der Kompetenz sowie deren Ursachen zu identifizieren, um der Gesellschaft praktikable Ansätze zur Verringerung oder sogar Beseitigung der Defizite anzubieten und so zu einer politikmündigen Bürgerschaft und einer Demokratie beizutragen, die ihren Namen verdient. Da die staatsbürgerliche Rolle nur dann effektiv ausgeübt werden kann, wenn die Bürger individuell und insgesamt über hinreichendes politisches Wissen und Verständnis politischer Vor-

gänge in der Demokratie verfügen, stellt politische Kompetenz einen zentralen Einflussfaktor für die Qualität der Demokratie insgesamt dar (Dahl 2000, S. 37).

2 Politisches Wissen

2.1 Politisches Faktenwissen – Definition und Eingrenzung

Delli Carpini und Keeter (1996, S. 10) – die Autoren der bisher ausführlichsten und umfangreichsten Arbeit zu diesem Thema – definieren politisches Wissen als „the range of factual information about politics that is stored in long-term memory". Der Begriff *Faktenwissen* bezeichnet objektives politisches Wissen, d.h. tatsächlich zutreffende politische Kenntnisse, die eindeutig als richtig klassifiziert werden können. Dies grenzt Faktenwissen von solchen Kognitionen ab, die falsch sind, die fehlen oder die nicht valide überprüft werden können. Im *Langzeitgedächtnis* gespeicherte Informationen unterscheiden sich von solchen, die nicht hinreichend verarbeitet oder lediglich im Kurzzeitgedächtnis gespeichert wurden, folglich kurze Zeit darauf nicht mehr aus dem Gedächtnis abrufbar sind.[2] *Politics* wird der Definition von Easton (1965) entnommen und beinhaltet die autoritative Allokation von Gütern, Diensten und Werten. Dadurch wird das Konzept des *political* knowledge von anderen Wissensinhalten (wie z.B. Biologie, Mathematik, Kunst) abgegrenzt. Zweifellos ist politisches Faktenwissen allein keine hinreichende Bedingung für ein tieferes Verständnis politischer Vorgänge oder gar für kompetente Partizipation. Die Informationen müssen zusätzlich in Kontexte eingeordnet werden, um Relevanz zu erlangen. Wenn jedoch schon die notwendige Bedingung des Faktenwissens nicht erfüllt ist, kann es auch nicht zu einer Erfüllung weiterer oder gar hinreichender Bedingungen kommen (Dudley und Gitelson 2002).

Die dargestellte Definition lässt jedoch offen, was Bürger im politischen Bereich eigentlich wissen sollten. Ein Blick in die Literatur verdeutlicht, dass es da-

2 In psychologischen kognitiven Lerntheorien wird zwischen verschiedenen Arten des Gedächtnisses unterschieden. Demnach kommen Informationen zunächst im sensorischen Gedächtnis an, werden anschließend im Kurzzeitgedächtnis gespeichert (Speicherkapazität ca. 7 Informationen und Speicherdauer ca. 30 Sekunden), und zwar je nach ihrer Qualität im impliziten Gedächtnis, das für Verhaltensroutinen relevant ist, oder aber im expliziten Gedächtnis, das für bewusst abrufbare Wissenshalte relevant ist. Erst anschließend erfolgt gegebenenfalls eine Weiterleitung und Speicherung im Langzeitgedächtnis, und zwar entweder im episodischen für Ereigniswissen oder im semantischen/systematischen für Fakten- und Konzeptwissen (vgl. Schermer 1998).

rüber sehr unterschiedliche Auffassungen gibt (z.B. Berelson et al. 1954; Barber 1969; Neuman 1986; Delli Carpini und Fuchs 1993; Delli Carpini und Keeter 1996). Auch wenn sich Delli Carpini und Keeter (1996) gegen eine detaillierte ex ante-Festlegung eines Wissenskanons wenden, unterscheiden sie doch drei grundlegende Kategorien von Wissensbereichen, über welche die Bürger informiert sein sollten, damit eine Demokratie funktioniert: *rules of the game, people and parties* und *substance of politics* (wobei letztere nochmals in die Unterkategorien Außen- und Innenpolitik aufgeteilt wird). Ein institutionelles Basiswissen über die Funktionsweise des politischen Systems kann als ein konstitutives Element politischen Wissens gelten. Bürger sollten also wissen, was das politische System/der Staat ist bzw. nach welchen Prinzipien und Regeln das politische System arbeitet. Um sich in alltäglichen Politikdebatten zurecht zu finden und bei Wahlen eine begründete Entscheidung für oder gegen eine Partei bzw. einen Kandidaten treffen zu können, stellt die Kenntnis der politischen Akteure, vor allem der Parteien und politischen Schlüsselfiguren, ihren ideologischen Orientierungen und ihren Vorschlägen und Standpunkten in Positionsissues (unterschiedliche Ziele) und in Valenzissues (unterschiedliche Wege bei parteiübergreifend konsensualen Zielen) ein weiteres zentrales Element politischen Wissens dar. Außerdem sollte Wissen über politische und sozioökonomische Themen, Probleme und Streitfragen vorhanden sein, damit vergangene Politik bewertet werden kann und politische Entscheidungen für künftige Politik begründet getroffen werden können.

Dennoch bleibt offen, was und wie viel individuelle Bürger und die Gesamtheit der Bürgerschaft wissen müssten, damit von „hinreichendem“ Wissen die Rede sein könnte. Weder zu den Inhalten noch zu dem Ausmaß gibt es eine normativ verbindliche oder empirisch abgesicherte Antwort. Sollten bspw. alle Bürger unabhängig von ihren Interessen und Rollen über dieselben Fakten Bescheid wissen – und wenn ja: über welche? Oder reicht es individuell aus, wenn Personen über die Aspekte der Politik gut Bescheid wissen, die für sie persönlich besonders relevant sind? Ist die Perspektive auf individuelle Belange oder die Perspektive auf gesellschaftliche Belange von größerer Bedeutung? Auch hierzu gibt es keine verbindliche Antwort. Als sicher kann aber wohl gelten, dass mehr und tieferes Wissen besser ist als weniger und oberflächliches Wissen.

Wie bereits erwähnt, ist politisches Faktenwissen eine Voraussetzung, aber keine hinreichende Bedingung dafür, sich in der Politik zurechtzufinden. Dazu gehört darüber hinaus die Fähigkeit, das Faktenwissen anzuwenden, um politische Informationen verstehen und einordnen zu können sowie fundierte Meinungen zu bilden und Entscheidungen treffen zu können, mithin politisches Verständnis.

2.2 Politisches Verständniswissen – Definition und Eingrenzung

In der bisherigen Forschung wird politisches Wissen vor allem als Faktenwissen bzw. deklaratives Wissen verstanden (z.B. Delli Carpini und Keeter 1996, S. 10; Bathelt et al. 2016, S. 183; Trepte et al. 2017, S. 207), das objektiv „richtig“ oder „falsch“ ist. Aus forschungspraktischer Perspektive ist die Begrenzung auf politisches Faktenwissen durchaus nachvollziehbar, da in Massensurveys nur schwierig Fragen zur Erfassung eines tieferen Verständnisses von Politik berücksichtigt werden können. Zudem stellt das objektivierbare Faktenwissen eine unverzichtbare Grundlage für kognitiv anspruchsvollere Leistungen dar.

Neuman (1986, S. 56) begreift das politische Faktenwissen zwar als wichtige Ressource („knowledge as resource“), auf die jemand bei Bedarf zugreifen kann, grenzt es aber vom anspruchsvolleren Verständniswissen ab, das sich auf die Anwendung von Faktenwissen bezieht („knowledge in use“). Das Verständniswissen ist nach Neuman (1986, S. 57) die Fähigkeit, Fakten und abstrakte Konzepte zu nutzen, um politische Phänomene zu beurteilen und zu bewerten. Dabei unterscheidet Neuman (1981; 1986, S. 198–200, 204–218) zwei Dimensionen für das Verständniswissen: conceptual differentiation und conceptual integration. Conceptual differentiation wird als kognitive Fähigkeit beschrieben, politische Objekte (z.B. Akteure, Institutionen und Interessensgruppen) voneinander zu unterscheiden. Der Unterschied zum Faktenwissen ist diffizil, aber grundlegend. Faktenwissen bildet eine Ressource, auf die in politischen Diskussionen zurückgegriffen werden kann. In welchem Ausmaß das Faktenwissen eingesetzt wird, hängt jedoch von der Fähigkeit zur Nutzung und Differenzierung zwischen den einzelnen Wissenselementen ab. Conceptual integration erfasst demgegenüber die Fähigkeit, abstrakte Konzepte und Ideologien anzuwenden, um politische Objekte (z.B. Akteure, Issues) in das eigene Überzeugungssystem (belief system) zu integrieren.

Die Forschung hat das politische Verständniswissen in Deutschland bislang völlig vernachlässigt. Es fehlt an etablierten Messinstrumenten, um das politische Verständniswissen valide zu erfassen bzw. noch weitergehend sind auch keine Versuche der Messung bekannt. In der Konsequenz liegen auch keine empirischen Befunde zu Determinanten und zum Niveau des Verständniswissens der Bevölkerung in Deutschland vor.

2.3 Heuristiken im Zusammenspiel mit politischem Wissen

Die Bedeutsamkeit von politischem Wissen sowie die Lernfähigkeit werden allerdings auch grundsätzlich bezweifelt (z.B. Lupia und McCubbins 1998; Lupia 2016) und sind empirisch in Bedrängnis geraten. So versuchen einige kognitionspsychologische Ansätze zu belegen, dass fehlendes politisches Wissen kompensiert und richtige Entscheidungen ohne Sachkenntnis getroffen werden könnten.

Das „*online-processing Modell*“ setzt am Charakter von Informationen an und laut der *Schema-Theorie* entwickeln Individuen kognitive Strukturen und Schemata, um Informationen in sinnvoller Weise zu ordnen, zu verarbeiten und zu speichern (zum „online-processing Modell“ vgl. Holbrook 1999; Goidel 2000; zur Schema-Theorie s. Schenk 2002). Der Zweifel an der Wichtigkeit politischen Wissens kann bei beiden Modellen aber nur bei vordergründiger und oberflächlicher Betrachtung aufrechterhalten werden. Da in beiden Fällen das bereits vorhandene Wissen bzw. die bereits angelegten Schemata die neue Informationsaufnahme und die Qualität der Informationsverarbeitung beeinflussen, kann ein Individuum mit gutem Vorwissen neue Informationen besser aufnehmen, verarbeiten und einordnen (Bartels 1996; Althaus 1998; Popkin und Dimock 1999; Gilens 2001; Lau und Redlawsk 2001; Kuklinski et al. 2001; Cutler 2002).

Ein weiterer Ansatz geht der Frage nach, ob politisches (Fakten-)Wissen überhaupt notwendig ist, um rationale Entscheidungen treffen zu können. *Heuristiken, Shortcuts* und *Cues* werden als Mittel angesehen, welche zu rationalen Entscheidungen führen können, ohne dass Informationsanstrengungen und -kosten in übertriebene Dimensionen schreiten müssen. Ein Beispiel für eine Heuristik zur Entscheidung für einen Kandidaten stellt die Parteiidentifikation dar, ein Beispiel für ein Shortcut ist die Listenposition der Kandidaten auf dem Stimmzettel, ein Cue könnte die Parteipräferenz eines Bekannten oder bewunderten Prominenten sein.

Sollten Bürger mit solchen Hilfsmitteln tatsächlich einen Mangel an Wissen vollständig kompensieren und zu Entscheidungen gelangen können, die auch im Fall eines besseren Wissensstandes getroffen würden, könnte man problemlos über Wissensdefizite der Bürger hinwegsehen. Diese Argumentation verspricht jedoch keine hinreichende Lösung. So weist eine Untersuchung von Bartels (1996) zahlreiche Abweichungen auf individueller Ebene zwischen tatsächlichem Wahlverhalten bei defizitärer Kenntnislage und dem Wahlverhalten unter vollständiger Information nach. Erwähnenswert ist ebenfalls die Studie von Gilens (2001), in der mittels Experimentaldesign nicht nur der Einfluss von generellem politischem Wissen auf individuelle politische Entscheidungen, sondern auch die Bedeutung von spezifischen politischen Faktenkenntnissen untersucht werden. Es zeigt sich,

dass auch letztere einen signifikanten Einfluss auf die Veränderung von Präferenzen und Entscheidungen ausüben. Ähnliche Unterschiede der Entscheidung in Abhängigkeit von Wissen finden sich auch in der Literatur zum „korrekten Wählen“ (Rosema und de Vries 2011; Johann und Glantschnigg 2013; Lau et al. 2014). Zudem werden politische Entscheidungen und Urteile auf zweierlei Weise durch politisches Wissen beeinflusst: zum einen *direkt*, da mit weniger Wissen andere Entscheidungen getroffen werden als mit mehr Informationen, zum anderen *indirekt*, da ein Mangel an politischem Wissen die Wahrscheinlichkeit verringert, neue und entscheidungsrelevante Fakten aufzunehmen.

Auch Popkin und Dimock (1999) sowie Price und Zaller (1993) stellen fest, dass politisches Wissen dabei hilft, neue und vor allem richtige Informationen aufzunehmen und falsche Informationen zu verwerfen. Für die heuristische Informationsverarbeitung und die Anwendung heuristischer Prinzipien muss also eine gewisse Basis an Informationen und Wissen vorhanden sein, um richtige, rationale und bedeutungsvolle Entscheidungen treffen zu können. Werden bspw. Parteien als Cues für Personen herangezogen, sollte über deren politische Position Klarheit bestehen (Dudley und Gitelson 2002). Dagegen stellen falsche Informationen und ein Mangel an politischem Wissen Hindernisse für die Aufnahme und Akzeptanz von richtigen Informationen dar, was wiederum Auswirkungen auf die Anwendung politischer Heuristiken hat, da die Verwendung entsprechender Mittel zur Entscheidungsfindung noch ineffektiver ist, wenn nicht nur ein Mangel an politischem Wissen, sondern sogar Falschinformation kompensiert werden soll (Kuklinski und Quirk 2000).

Die Anwendung von Heuristiken, Shortcuts und Cues beschränkt sich zudem keinesfalls nur auf die Gruppe der Personen mit geringem Wissen. So zeigt Cutler (2002), dass Wähler mit viel politischem Wissen unterschiedliche Entscheidungskriterien kombinieren und diese Kriterien besser untereinander vernetzen als Wähler, die wenig politisch informiert sind. Da Wissen demnach Voraussetzung für policy-voting ist und nahezu alle Untersuchten Shortcuts in ihre Entscheidungen mit einbeziehen, kommt er zu dem Resultat, dass die Lücke in der Qualität der Entscheidungen zwischen wenig und viel Wissenden durch die Anwendung heuristischer Entscheidungshilfen nicht verringert bzw. aufgehoben werden kann. Lau und Redlawsk (2001) urteilen noch drastischer über die Verwendung von heuristischen Prinzipien als Cutler. Sie stellen fest, dass Heuristiken nicht als „Allheilmittel“ der Demokratie und folglich als vollständiger Ersatz für politisches Wissen angesehen werden können. Da ihre Anwendung bei fast allen Wählern festgestellt werden konnte und relativ gebildete und wissende Wähler von deren Anwendung überproportional profitieren, können Heuristiken einen Mangel an politischem Wissen nicht substituieren und nicht zu mehr politischer Gleichheit beitragen.

Hinzu kommt, dass die Qualität der Ergebnisse der getroffenen Entscheidungen in großem Maße von der Qualität der ihnen zugrunde liegenden Hilfestellungen abhängt (Delli Carpini 1986). Personen mit viel Wissen lassen zwar ähnlich wie solche mit wenig Wissen persönliche Kriterien in die Entscheidungsfindung einfließen (z.B. demographische Ähnlichkeiten mit den Kandidaten oder deren Aussehen), dennoch verfügen diese Personen zusätzlich noch über politische Kriterien und Hilfestellungen, die sie heranziehen können und die den wenig Informierten fehlen (Popkin und Dimock 1999; Gomez und Wilson 2001; Cutler 2002).

Schemata, Shortcuts, Cues und Heuristiken sind bei der Informationsverarbeitung allgegenwärtig, auch bei der politischen Entscheidungsfindung. Sie können negative Wirkungen von Informationsmängeln teilweise abfedern und helfen begründete Entscheidungen zu treffen. Aber sie können umgekehrt auch schädigend auf das politische Wissen und rationale Entscheidungen wirken. So können Falschinformation, bestimmtes Framing oder Priming (Betonung und Hervorhebung nicht politikrelevanter Sachverhalte und Eigenschaften) auch zu falschen Entscheidungen durch die Nutzung von Cues führen. Folglich kann der Vorteil, der aus der Verwendung von Heuristiken entsteht, angezweifelt werden (Kuklinski et al. 2000; Kuklinski und Quirk 2000). Außerdem muss die Anfälligkeit und Abhängigkeit gegenüber Aussagen und Manipulationsversuchen von politischen Eliten betont werden. Diese Anfälligkeit und Abhängigkeit wird durch mangelndes politisches Wissen gefördert.

2.4 Folgen politischen (Nicht-)Wissens

Relevante Folgen politischen (Nicht-)Wissens können in die Input- und die Output-Dimension des politischen Prozesses differenziert werden. Bei der Input-Dimension geht es um Auswirkungen auf die Qualität der Erfüllung der Staatsbürgerrolle (z.B. Aufmerksamkeit gegenüber politischen Vorgängen, Wachsamkeit gegenüber politischen Akteuren und ihren Entscheidungen, Vertretung eigener Interessen, Beteiligung am politischen Gestaltungsprozess). Bei der Output-Dimension geht es um die Konsequenzen für die Qualität und Leistungsfähigkeit der Demokratie im Hinblick auf ihre normativen Ansprüche z.B. an Gleichheit und Freiheit einerseits sowie für konkrete Policy-Outputs andererseits.

Input-Dimension des politischen Prozesses:
Politisches Wissen verstärkt politisches Interesse, das wiederum eine wichtige Voraussetzung politischer Partizipation darstellt. Umgekehrt führt Interesse an Politik auch zu verstärkter Wissensaneignung. Nur unter der Voraussetzung von Kenntnissen über vergangene politische Handlungen und Policy-Outputs, über politische Standpunkte und Programme von Politikakteuren kann eine sinnvolle Verbindung zwischen eigenen Interessen und der Wahlentscheidung gezogen werden. Wissen ist auch notwendig, um unterschiedliche Partizipationsmöglichkeiten zu kennen und deren Potenziale einzuschätzen. Durch Wissen entwickelt sich zudem erst das Verständnis dafür, warum Partizipation überhaupt notwendig ist (Delli Carpini und Keeter 1996). Insofern verwundert es nicht, dass die Mehrheit der amerikanischen Autoren den positiven Zusammenhang zwischen politischem Wissen einerseits und rationaler Wahlentscheidung sowie politischer Partizipationsbereitschaft und tatsächlicher politischer Partizipation andererseits betont. So zeigen z.B. Bennet (1988, 1995) sowie Popkin und Dimock (1999), dass nicht nur politisches Wissen und konventionelle politische Partizipation positiv korrelieren, sondern auch politisches Wissen und unkonventionelle Formen der Partizipation. Politisches Wissen fördert dementsprechend nicht nur die Bereitschaft sich an Wahlen zu beteiligen und seine Stimme abzugeben, sondern auch das Engagement in politischen Organisationen sowie die Beteiligung an Kampagnen, Demonstrationen und Volksentscheiden (s. auch Johann 2012).
Output-Dimension des politischen Prozesses:
Auf den ersten Blick scheint es selbstverständlich, dass eine in der Bevölkerung möglichst breit gestreute und hohe Kompetenz der Qualität der Demokratie nur zugutekommen kann bzw. umgekehrt eine zentrale Voraussetzung für eine gesamtgesellschaftlich inklusive, qualitativ hochwertige Demokratie ist. Eine solcherart charakterisierbare Bevölkerung dürfte auch kompetentere politische Akteure hervorbringen als eine uninteressierte und ignorante Bevölkerung.

Allerdings bezweifelt ein alternativer Ansatz die Relevanz politischer Kompetenz in der Bevölkerung. Dieser Ansatz bezieht sich auf das Aggregat, also auf die Gesamtbevölkerung. Er ist auf das „jury-theorem“ von Condorcet zurückzuführen. Nach diesem (mathematischem) Modell heben sich die Abweichungen von einem Ergebnis vollständig informierter Individuen im Aggregat auf, d.h. die Masse der Wählerschaft entscheidet augenscheinlich so, als wäre sie vollständig informiert. Anders formuliert: Auch wenn nicht jedes einzelne Gesellschaftsmitglied über klare politische Präferenzen verfügt, so besitzt die Gesellschaft als Ganzes (oder: Kollektiv) dennoch „eine eindeutige und stabile Präferenzordnung und […] [kann] vernünftig auf neue politische Informationen reagieren“ (Schoen 2006, S. 90; vgl. auch Converse 1990; Page und Shapiro 1992).

Diesem Ansatz können jedoch erstens einige empirische Befunde entgegengehalten werden. So hat Bartels (1996) auf aggregiertem Datenniveau signifikante Unterschiede zwischen Entscheidungen unter vollkommener und fragmentarischer Information festgestellt. Die Wählerschaft entscheidet zwar tatsächlich als Ganzes so, als wäre sie besser informiert als dies auf individueller Ebene absehbar ist, es kann aber keinesfalls von einer vollen Identität zu Entscheidungen unter vollständiger Information gesprochen werden. Da überdies die Abweichungen keineswegs zufällig auftreten, sondern ganz bestimmten Mustern folgen, ist eine Argumentation unter Rückgriff auf Aggregationseffekte keine hinreichende Lösung: „on average, democrats do almost two percentage points better and incumbents do almost five percentage points better than they would if all voters in presidential elections were, in fact, fully informed. These systematic deviations from 'fully informed' election outcomes obviously invite explanation" Bartels (1996, S. 219). Althaus (1998) wendet sich ebenfalls überzeugend gegen ein „Wunder der Aggregation" (Schoen 2006, S. 90). Er zeigt, dass die in Umfragen gemessenen Politikpräferenzen der Bevölkerung anders aussähen, wenn die Bürger über mehr politisches Wissen verfügten und das Wissen gleichmäßiger verteilt wäre. Zwischen aktuell geäußerten und simulierten (vollkommen informierten) Präferenzen ergab sich durchschnittlich eine Differenz von sieben Prozentpunkten. Selbst bei Integration der Parteiidentifikation – eine wichtige Hilfestellung für die Wahlentscheidung – konnten bei nochmaliger Durchführung der Simulation keine signifikanten Abweichungen im Ergebnis festgestellt werden. Wichtig für die Bedeutung politischen Wissens ist auch der Befund, dass durch Informationseffekte in einem Fünftel der untersuchten Fälle eine Änderung in der Richtung der Präferenzen, also ein Meinungsumschwung, erkennbar ist (s. auch Althaus 2003; Gilens 2001). Zweitens sind diesem Ansatz normative Bedenken entgegenzuhalten. Denn zu Ende gedacht könnte man nach dieser Argumentation die Auswahl ihrer Herrschaftsträger auch durch völlig uninformierte Bürger, durch Würfel oder Lotterie entscheiden lassen, da sich ja gegensätzliche Ergebnisse ausgleichen würden. Das entspricht jedoch nicht der Idee einer demokratischen Selbstbestimmung.

3 Probleme der Messung politischen Faktenwissens

3.1 Auswahl der Wissensbereiche

In diesem Abschnitt werden einige zentrale Herausforderungen der Messung politischen Faktenwissens behandelt. Eine nicht valide Erfassung des politischen Wis-

sens kann gravierende Auswirkungen auf die empirischen Befunde und damit die Interpretation(smöglichkeiten) haben, so etwa auf die Frage der generalistischen oder aber spezialisierten Wissensstruktur, auf die Frage des Gendergap oder auch auf die Zusammenhänge zwischen Wissen und seinen Determinanten und Folgen.

Es ist eine offene Frage, ob es möglich und sinnvoll ist, politisches Faktenwissen im Allgemeinen zu erfragen, oder ob es besser ist, sich auf konkrete, unterschiedliche Wissensbereiche zu konzentrieren. Dieses Problem gründet darauf, dass Bürger Generalisten oder aber Spezialisten sein könnten. Eine generalistische Wissensstruktur liegt vor, wenn Individuen dazu neigen, sich in allen politischen Bereichen gleichermaßen entweder gut oder schlecht auszukennen. Hierfür sprechen vor allem psychologische Mechanismen des Lernens, die dazu beitragen, dass Menschen sich gerne immer weiter mit Themen befassen, die sie interessieren und in denen sie glauben sich schon etwas auszukennen, zumal die Auswahl von Informationen und das Erlernen neuer Fakten durch Einbettung in bereits vorhandene Wissensstrukturen erleichtert wird (z.B. Reinemann-Rothmeier und Mandl 2001; Becker-Carus 2011). Eine spezialisierte Wissensstruktur bedeutet hingegen, dass Individuen in manchen Bereichen nur über wenig oder kein Wissen verfügen, sich in anderen Bereichen dagegen besonders gut auskennen, bspw. wenn diese Bereiche besondere Relevanz für ihre eigenen Lebensumstände haben.[3] Methodisch hat dies vor allem zwei Auswirkungen auf die Entwicklung von Messinstrumenten: Im Fall generalisierter Wissensstrukturen können durch eine geschickte Auswahl nur weniger Items valide Aussagen über generelle Wissensstände auch in anderen Bereichen getroffen werden und es kann auf der Grundlage einer einzigen Fragebatterie ein aussagefähiger Index für die gesamte Bevölkerung genutzt werden. Im Fall spezialisierter Wissensstrukturen ist dies jedoch nicht möglich. Vielmehr müssten für unterschiedliche Bevölkerungsteile verschiedene Wissensfragen konstruiert werden. Vergleiche zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen wären dann nicht mehr auf der Grundlage eines für alle identischen Instrumentes möglich, sondern müssten auf Basis unterschiedlicher, aber möglichst äquivalenter Instrumente erfolgen. Alternativ könnten alle verschiedenen „Spezialfragen“ an alle Befragte gestellt werden, was allerdings potenziell zu sehr umfangreichen Erhebungsinstrumenten führen würde – ein Problem, das mit zunehmender Hetero-

3 Für die amerikanische Bevölkerung wurde in Bezug auf die Ebene der nationalen Politik überwiegend eine generalistische Wissensstruktur beobachtet, wobei die schwarze Bevölkerung davon die meisten Ausnahmen zeigte. Ebenso gab es auf der Staatenebene und der lokalen Ebene Abweichungen von einer generalistischen Wissensstruktur (Delli Carpini und Keeter 1993, 1996). Einige Autoren verweisen aber darauf, dass allgemeines politisches und policy-spezifisches Wissen nur schwach miteinander korrelieren (Gilens 2001; Barabas et al. 2014).

genität gesellschaftlicher Gruppen zunähme. Beide Ansätze erfordern zudem auch verschiedene theoretische Zugänge. Während man sich im Fall der Erwartung einer generalisierten Wissensstruktur prinzipiell von der demokratietheoretischen Relevanz der Wissensbereiche als Auswahlkriterium leiten lassen kann, muss man im Fall der Erwartung spezialisierter Wissensstrukturen zusätzlich theoretische Annahmen über Bevölkerungsgruppen und Gründe ihrer Spezialisierung formulieren. Denkbar sind hier verschiedene Gründe wie etwa unterschiedliche (subjektive) Betroffenheit von verschiedenen Politikbereichen oder unterschiedliche Lern-/Informationsumgebungen. Im Hinblick auf Betroffenheit ließen sich als Beispiele etwa anführen, wenn Frauen zwar in vielen Politikbereichen weniger Wissen zeigten als Männer, aber in sog. Frauen-typischen Politikfeldern wie etwa Familien- oder Schulpolitik besser Bescheid wissen. Im Hinblick auf unterschiedliche Lernumgebungen im Lebenszyklus wurde gezeigt, dass junge Menschen über mehr politisches Schulbuchwissen verfügen als ältere, während diese besser über aktuelle Politiken informiert waren (z.B. Jennings 1996).

3.2 Vor- und Nachteile der Untersuchungsformate

Gründe dafür, dass Fragen zu politischem Wissen in Deutschland lange Zeit nur sehr selten und allenfalls in äußerst kleiner Dosis in politikwissenschaftliche Befragungen integriert wurden, waren vermutlich vor allem Ängste vor möglichen Interviewabbrüchen, weil Befragte sich unangemessen examiniert fühlen könnten. Diese Ängste haben sich in der Gegenwart allerdings nicht bewahrheitet. So konnten in den letzten Jahren durchaus mehrere Studien durchgeführt werden, in denen größere Fragebatterien zu politischem Wissen implementiert wurden (z.B. ALLBUS 2008 und 2018, Querschnittsbefragungen der GLES und eine Erhebung der Herausgeberin aus dem Jahr 2008 sowie eine weitere zu wahlrelevantem Wissen im Kontext der Bundestagswahl 2013). Gerade bei größeren Studien muss darauf geachtet werden, dass im Interviewverlauf keine Hinweise auf die abgefragten Kenntnisse vermittelt werden.

In Abhängigkeit vom Erhebungsformat sind zudem bei der Konstruktion der Fragebögen unterschiedliche Probleme zu bedenken. Handelt es sich um Face-to-Face Interviews ist vor allem zu berücksichtigen, dass Befragte keinen Peinlichkeiten gegenüber den Interviewern ausgesetzt sein sollten. Dafür kann es hilfreich sein, Nicht-Wissen als legitim darzustellen. Dies kann allerdings von unmotivierten Befragten auch als schneller Ausweg genutzt werden. Alternativ oder ergänzend können sehr leichte Fragen in die Erhebung integriert werden, um motivierende „Erfolgserlebnisse“ zu garantieren, jedoch mit dem Nachteil, dass dies teure Inter-

viewzeit kostet und in der Analyse meist nicht brauchbar ist. Face-to-Face Interviews haben jedoch gegenüber Telefoninterviews generell die Vorteile, dass längere Fragebatterien möglich sind, bei Multiple-Choice-Fragen Hilfsmittel (wie etwa Karten) einsetzbar sind und so mehr Antwortvorgaben vorgesehen werden können und durch optische oder akustische Vorlagen auch über reines Textwissen hinausgegangen werden kann (bspw. Vorlage von Politikerfotos, denen dann Namen zuzuordnen sind). Im Fall computerunterstützter Erhebungen ist zudem eine Rotation von Fragen sowie von Antwortoptionen möglich. Postalische, schriftliche Befragungen sind dagegen ungeeignet zur Ermittlung von Faktenwissen, da Befragte das Erhebungsinstrument nicht in der vorgesehenen Reihenfolge abarbeiten müssen und daher auch Cues von nachfolgenden Fragen auf vorangegangene Wissensfragen möglich sind und weil nach den Antworten recherchiert werden kann. Die Recherche nach den richtigen Antworten kann allerdings durchaus im Kontext der Ermittlung von Fähigkeiten der Wissensbeschaffung, sog. prozeduraler Kompetenz, von Interesse sein, bedarf aber kontrollierbarer Bedingungen, wie etwa einem klar definierbaren Zeitfenster innerhalb eine Online-Befragung (z.B. Prior und Lupia 2008). Bei Online-Befragungen kann durch spezielle Fragestellungen, kurze fragespezifische Bearbeitungszeiten oder Antwortlatenzmessungen der Versuchung zur Recherche entgegengewirkt oder sie zumindest kontrolliert werden (z.B. Clifford und Jerit 2016; Munzert und Selb 2017).

3.3 Frage- und Antwortformate

Auch die verschiedenen Frageformate sind mit unterschiedlichen Vor- und Nachteilen verbunden (vgl. dazu z.B. Rost 2004; Westle 2009b; Bühner 2011; Schnell 2012; Porst 2014). Grundlegend ist zwischen offenen und geschlossenen Fragen zu differenzieren.

Mit offenen Fragen wird das Wissen ungestützt abgefragt, was vom Respondenten eine aktivere Rolle erfordert als geschlossene Fragen. Damit sind offene Fragen tendenziell besser in der Lage, Wissen in der Tiefe zu erfassen. Weitere Vorteile sind, dass keine Beeinflussung durch vorgegebene Antwortoptionen erfolgen kann und die Wahrscheinlichkeit einer richtigen Antwort durch Raten minimiert wird. Offene Fragen gelten aber gleichzeitig als besonders schwierig, denn sie verlangen den Befragten nicht nur die reaktive Auswahl einer Antwortoption ab, sondern die aktive sprachliche Artikulation von Gedächtnisinhalten. Geringe Motivation von Befragten und ggf. Interviewern, substanzielle Unsicherheit und schwache Verbalisierungsfähigkeit von Befragten können die Antworten beeinträchtigen. Zudem müssen (außer bei schriftlichen Erhebungen) die Inter-

viewer die Antworten möglichst exakt erfassen, was fehleranfällig ist und die Implementierung und Auswertung offener Fragen (zeit)aufwändiger macht und oft zu weniger zuverlässigen Ergebnissen führt. Strittig können hier auch die „Toleranzgrenzen" für die Definition einer korrekten Antwort sein (bspw. Wie heißt die Bundeskanzlerin: Angela Merkel = korrekt; Cecilia Fischer = nicht korrekt; aber auslegungsbedürftig: Merkel, Merkle, Angie Merkel, Angelika Merkel).

Geschlossene Frageformate weisen dagegen keine unerwünschten Spielräume bei den Antworten und der Codierung auf und sind vergleichsweise schneller auswertbar. Auch die Motivation der Befragten zur weiteren Beteiligung an der Befragung ist durch den geringeren kognitiven Aufwand weniger schnell aufgebraucht. Durch die Vorgabe von Statements oder Antwortmöglichkeiten stellt sich dabei aber das Problem der eventuellen Beeinflussung der Befragten. Dieses variiert mit den beiden typischen Formaten geschlossener Wissensfragen. Bei dem ersten Format handelt es sich um kurze Statements, welche die Befragten als richtig oder falsch bewerten sollen. Bei diesem Format besteht das erste Problem in der Plausibilität des Statements, denn je absurder ein Statement erscheint, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es von vielen Befragten als falsch abgelehnt wird – vice versa. Ein zweites Problem bei diesem Format ist die Neigung von unsicheren Befragten zur Auswahl von „richtig-Antworten". Und schließlich liegt die Chance trotz völliger Unkenntnis die richtige Lösung anzugeben, bei 50%. Einzelne Autoren differenzieren zusätzlich danach, ob der politische Gehalt im Fragestimulus und/oder in den Antworten enthalten ist (s. Elff in diesem Band).

Die Ratemöglichkeit wird in Multiple-Choice-Fragen durch die Verwendung einer richtigen Antwort mit mehreren falschen Antwortvorgaben, sog. Distraktoren, verringert (Diekmann 2007; Johann 2008; Westle und Johann 2010). Um die Zufallschance durch Raten die richtige Antwort zu finden möglichst stark zu reduzieren, wird oft die Erhöhung der Distraktorenanzahl empfohlen. Allerdings ist die optimale Anzahl der Antwortvorgaben strittig. In der Literatur finden sich Empfehlungen zwischen drei und fünf Vorgaben (Delli Carpini und Keeter 1993; Mondak 2001). Für telefonische Befragungen haben sich drei bis vier Antwortmöglichkeiten als am günstigsten erwiesen, weil mehr Optionen das Erinnerungsvermögen häufig überfordern (Westle 2011). Im Fall von Face-to-Face oder Onlinebefragungen lässt sich diese Zahl aber durchaus steigern. Allerdings ist es manchmal schwierig, bei den falschen Vorgaben den Befragten keine Hinweise auf die richtige Antwort zu liefern bzw. genügend falsche, aber plausible Antworten zu formulieren, so dass die Identifikation der richtigen Antwort durch reines Ausschlussverfahren verhindert wird. Zudem ist darauf zu achten, dass die Antwortalternativen nicht intrinsisch mehrdeutig sind (d.h. die Alternativen dürfen sich nicht nur in Feinheiten der Formulierung unterscheiden, so dass das Auffinden

der richtigen Antwort zum Puzzle wird). Außerdem können beim Multiple-Choice Format unerwünschte Reihenfolgeeffekte auftreten. Bei verbalisierten Antworten ohne hierarchische Ordnung (Welche Farbe hat der Himmel heute: blau, weiß, grau, schwarz?) kann dieses Problem durch Zufallsrotation reduziert werden. Bei Zahlenangaben wäre dies jedoch für die Befragten verwirrend, da hierbei eine klassische, aufsteigende oder absteigende Ordnung erwartet wird (1, 10, 100, 1000 nicht aber 100, 10, 1000, 1). Darüber hinaus kann der Range von Zahlenangaben Plausibilitätscues für den „Normalbereich" signalisieren, an dem vor allem unsichere Befragte sich orientieren mit der Tendenz eine mittig platzierte Antwort zu wählen (Schwarz et al. 1985).

Eine größere Kontroverse hat sich in der amerikanischen Forschung um die Frage entwickelt, ob die Bekundung von *fehlendem Wissen* ermutigt oder die Befragten im Gegenteil zu substanziellen Antworten motiviert werden sollten (z.B. Luskin 1987; Bennett 1988; Delli Carpini und Keeter 1993, 1996; Lupia und McCubbins 1998; Mondak 1999; Mondak 2001; Mondak und Davis 2001; Barabas 2002; Mondak und Anderson 2004; Miller und Orr 2008; Sturgis et al. 2008; Luskin und Bullock 2011; Jessee 2017). Hintergrund sind die Annahmen, dass Respondenten zum Raten neigen könnten, um fehlendes Wissen zu kaschieren und dass Befragte unterschiedlich stark ausgeprägte Rateneigungen haben. Solche kognitionsfremden Einflüsse beeinträchtigen die Validität der Befunde, wenn es darum geht Wissensniveaus exakt zu identifizieren. Die Chance eine richtige Antwort durch Raten zu erreichen beträgt bei drei Antwortvorgaben immerhin 33%. Bei häufigem Raten wird das Wissen bestimmter Personen somit regelmäßig überschätzt, das von unsicheren Personen, die zu „weiß nicht"-Antworten neigen, dagegen womöglich unterschätzt. Daher empfehlen manche Forscher, die Befragten zu substanziellen Antworten bzw. zum Raten zu ermutigen, keine „weiß nicht"-Option zuzulassen und ggf. bei endgültiger Verweigerung eine zufällige Antwort zuzuteilen (z.B. Mondak und Davis 2001). Hiermit wird eine über alle Personen ausgewogene Rateneigung simuliert. Der große Nachteil liegt aber in dem Verlust der analytischen Unterscheidbarkeit zwischen subjektivem und objektivem Wissen. Denn es stehen dann keine Daten darüber zur Verfügung, ob sich Personen ihres Nichtwissens bewusst sind oder aber ihr falsches Wissen für zutreffend halten. Da aber ihres Wissens unsichere Personen sich deutlich von Befragten mit falschen Kenntnissen in Verhaltenskonsequenzen unterscheiden, ist es wichtig, diese Differenzierung zu erfassen (Westle et al. 2015a; Westle et al. 2015b). Ferner ist es möglich, die Befragten zu bitten, den Grad der Sicherheit über ihre Antworten anzugeben. Denn auch zwischen wohlüberlegtem („educated") und „wildem" Raten gibt es erhebliche Unterschiede (Nadeau und Niemi 1995). Diese Herangehensweise könnte Erkenntnisse über die Grautöne der Verteilung

politischen Wissens bringen und die Validität erhöhen. Sie wurde bisher jedoch nur vereinzelt im Rahmen qualitativer Studien genutzt (z.B. Chong 1993). Darüber hinaus erscheint es auch relevant zwischen fehlendem Wissen und falschen Überzeugungen zu differenzieren, denn vor allem letztere legen eine problematische Basis für Verhaltenskonsequenzen, während erstere eher Passivität oder alternativ die Suche nach Wissen zur Folge haben.

Der Anteil richtiger Antworten auf politische Wissensfragen kann offenbar durch eine Verstärkung der *Motivation* zum Nachdenken durch finanzielle Anreize und durch das Ausdehnen der möglichen Bearbeitungszeit erhöht werden, wodurch gleichzeitig *prozedurale Kompetenz* erfassbar ist (Prior und Lupia 2008). Auch demografische Unterschiede in den Wissensniveaus (z.B. nach Geschlecht und Alter) wurden durch diese Maßnahmen verringert. Dies zeigt, dass traditionelle Wissenstests nicht allen Befragten gleichermaßen gerecht werden. Diese Einbußen in der Validität sollten aus wissenschaftlicher Sicht dringend verringert werden.

3.4 Optimierung des Verhältnisses von Schwierigkeitsgraden und Trennschärfen

Als Qualitätskriterium für Wissens-Messungen wird zumeist eine *Optimierung des Verhältnisses von Schwierigkeitsgraden und Trennschärfen* zwischen den Fragen bzw. Items herangezogen. Häufig geht es nämlich nicht um das in einzelnen Items abgefragte, konkrete Thema, sondern um das allgemeinere Wissensniveau der Befragten. D.h. die Items stehen – ähnlich wie bei Einstellungsfragen – als manifeste Stellvertreter für ein als latent angenommenes Wissenskonstrukt. Dabei wird angenommen, dass die Wahrscheinlichkeit von richtigen Antworten auf das latente Wissensniveau zurückzuführen ist.

Die Schwierigkeit von Items bei einem Wissenstest bestimmt sich durch die Anzahl der Personen, die das Item richtig beantwortet haben, geteilt durch die Anzahl der Teilnehmer am Test insgesamt. Der Wertebereich für die Item-Schwierigkeit reicht folglich von 0 (keine Person hat das Item richtig beantwortet, extrem hoher Schwierigkeitsgrad) bis 1 (alle Personen haben das Item richtig beantwortet, extrem niedriger Schwierigkeitsgrad). Die Bestimmung des Schwierigkeitsgrades dient als Entscheidungsgrundlage für den Ausschluss von sehr leichten oder sehr schwierigen Items, da beide kaum zur Differenzierung des Wissens beim größten Teil der Befragten dienen können.

Die Trennschärfe eines Items gibt dagegen an, wie gut ein Item zwischen Personen mit geringem oder hohem Wissensniveau unterscheidet. Dazu wird die

Korrelation des Items mit der Gesamtskala (Index aus allen Items des Tests oder allen anderen Items des Tests) berechnet. Der Wertebereich des Trennschärfekoeffizienten liegt zwischen -1 und 1. Eine Trennschärfe nahe dem Wert 1 bedeutet, dass das Item etwas Ähnliches misst wie der Gesamttest und folglich gut zwischen Personen mit geringem oder hohem Wissensniveau unterscheiden kann. Ist die Trennschärfe nahe 0, misst das Item etwas anderes, und geht die Trennschärfe gegen -1 würde das Item das Gegenteil von der Gesamtskala messen.

Zwischen Schwierigkeitsgrad und Trennschärfe bestehen Zusammenhänge: Je stärker die Item-Schwierigkeiten variieren, desto geringer werden die Korrelationen zwischen den Items und folglich auch die potenziellen Trennschärfen der einzelnen Items. Items mit extrem hoher oder extrem geringer Schwierigkeit zeigen zudem meist geringe Trennschärfen (sie können sozusagen den Gesamttest nicht repräsentieren), während Items im mittleren Schwierigkeitsbereich größere Trennschärfen erreichen. Vor diesem Hintergrund werden bei Leistungstests und auch in der Forschung zu politischem Wissen meist Instrumente mit Items mittlerer Schwierigkeit von 0,4 bis 0,7 angestrebt. Wird so vorgegangen, impliziert dies allerdings, dass nur 40–70% der Befragten sie beantworten können.

Für Vergleiche über die Zeit hinweg bedeutet dies, dass entweder nicht mit veränderten, oder aber in Trennschärfe und Schwierigkeit äquivalenten Messinstrumenten gearbeitet werden sollte, weil sonst per se keine Veränderungen im Wissensniveau beobachtet werden könnten. Für internationale Vergleiche folgt daraus, dass das Streben nach einem identischen Verhältnis von Schwierigkeit und Trennschärfe als Grundlage für eine Gesamtskala rein mathematisch bedingt in ähnlichen Wissensniveaus resultieren würde.[4] Daher sollte man sich nicht sklavisch an diesen aus psychologischen Ansätzen und schulischen Leistungstests abgeleiteten Qualitätskriterien orientieren, denn prioritär sollte die Frage sein, welche Wissensthemen relevant für die Erfüllung der Bürgerrolle sind. Wenn man bspw. normativ davon ausgeht, dass Menschen wissen sollten, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht, und in Staat X wissen dies zum Zeitpunkt 1 nur 50%, 20 Jahre später aber 95%, während dies in Staat Y zu beiden Zeitpunkten 95% wissen, dann kann man begründet von einem Wissensdefizit in Staat X zu Zeitpunkt 1 und einem erheblichen Wissenszuwachs ausgehen, in Staat Y dagegen von Stabilität auf hohem Niveau. Hielte man sich strikt an die o.g. Kriterien, würde eine solche Frage aus

4 Andere in der Sozialforschung übliche Kriterien für die Reliabilität von Skalen wie ein hohes Cronbach's alpha sind bei Wissenstests völlig ungeeignet, weil sie auf starken Korrelationen aller Items untereinander beruhen, was nur im Fall sehr ähnlicher Schwierigkeitsgrade der Items vorkäme, aber für Wissenstests keinen Informationsgewinn bringen würde. Zu weiteren Problemen und Möglichkeiten ihrer Bearbeitung s. Elff in diesem Band.

einem Messinstrument in Staat Y jedoch zu beiden Zeitpunkten, in Staat X zum zweiten Zeitpunkt als viel zu einfach ausgeschlossen – ein Vorgehen, das wenig sinnvoll erscheint.

Allerdings können solche normativen Kriterien ebenfalls Probleme im longitudinalen und im internationalen Vergleich mit sich bringen. Formuliert man bspw. als Kriterium für den Bereich der politischen Akteure (Politiker und Parteien), dass bekannt sein sollte, wie die Namen des Regierungschefs, des Innen- und des Außenministers lauten sowie welche Partei oder Parteien die Regierung bilden und welche die parlamentarische Opposition, so dürfte der Schwierigkeitsgrad solcher Fragen nicht zeitinvariant sein, sondern mit der Länge der Amtsdauer dieser Personen und der damit verknüpften medialen Präsenz variieren. Das kann sich aber innerhalb eines Staates für dieselben Personen über die Jahre hinweg verändern und kann ebenso beim Vergleich verschiedener Länder starken Unterschieden unterworfen sein. Trotz formaler Äquivalenz der Fragen unterläge ihnen keine substanzielle Äquivalenz. Vergleichbares gilt für Parteien in Regierung und Opposition, wobei als zusätzlich komplizierender Faktor die Größe des Parteiensystems eine Rolle spielen kann.

4 Politisches Faktenwissen in Deutschland

4.1 Niveau und Entwicklung

Trotz der normativen Bedeutung und der (amerikanischen) Befunde zur Relevanz des politischen Wissens für Einstellungen und Verhaltensweisen (z.B. Delli Carpini und Keeter 1996; Mondak 2001; Barabas et al. 2014) wurde die Forschung zu politischem Wissen in Deutschland lange Zeit vernachlässigt (vgl. die Kritiken in Niedermayer 2005, S. 20; Westle 2005, S. 486; Maier 2009, S. 394; Maier et al. 2009, S. 564). Es existieren zwar zu allen jüngeren Bundestagswahlen empirische Befunde zu wahlrelevantem Wissen (z.B. Schmitt-Beck 1993; Maier 2000; Vetter und Maier 2005; Westle 2005, 2009a; Westle et al. 2015b), allerdings nur auf der Grundlage weniger Indikatoren innerhalb von thematisch breit angelegten Erhebungen zu Wahlen. Auch liegen Befunde zu politischem Wissen von Kindern (z.B. Vollmar 2012; Götzmann 2015; Abendschön und Tausendpfund 2017) und Jugendlichen vor (z.B. Oesterreich 2002; Eck und Weisseno 2009; Oberle 2012; Tenscher und Scherer 2012; Schroeder et al. 2012; Abs und Hahn-Laudenberg 2017). Schließlich finden sich auch in der Kommunikationswissenschaft Arbeiten zu politischem Wissen, wobei der Fokus jedoch auf Medieneinflüssen liegt (z.B. Horstmann 1991; Maier 2009; Schulz 2011). Allerdings gibt es nur wenige

Grundlagen-Studien, die sich dezidiert mit der Struktur, der Verteilung, den Determinanten und den Konsequenzen des politischen Wissens der (erwachsenen) Bevölkerung in Deutschland auseinandersetzen. Zwei (jüngere) Ausnahmen bilden die Arbeiten von Schübel (2018) und Westle (2012), die auf umfangreichere Datenerhebungen zu politischem Wissen zurückgreifen konnten.

Die Arbeit von Schübel (2018) bietet auf Basis einer umfangreichen Primärdatenerhebung einen Einblick in die soziale Verteilung des politischen Wissens der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren. Dabei wird zwischen strukturellem und aktuellem politischem Wissen unterschieden.[5] Zu strukturellem Wissen wurde nach Inhalten gefragt, die sich auf Institutionen und Verfahrensweisen beziehen, die kaum zeitlichem Wandel unterworfen sind. Das aktuelle Wissen bezieht sich auf Institutionen und Verfahrensweisen, die einem stärkeren zeitlichen Wandel unterworfen sind (z.B. Europäische Union) sowie auf aktuelle politische Sachfragen und Akteure. Dabei stellt Schübel (2018, S. 190) eine starke Variation des Wissensniveaus je nach Fragethema fest. Einige Beispiele: Rund 90% der Befragten wussten, dass Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Das Mindestalter für eine Bundestagskandidatur war zwischen 30 und 50% der Befragten bekannt und der Wissensstand zur Hallstein-Doktrin lag bei 20%. Auch die Kenntnis der Parteizugehörigkeit variierte von Politiker zu Politiker. Den damaligen FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle konnten 80% korrekt zuordnen, bei Cem Özedmir (Grüne) lag der Anteil bei 60% und die Abgeordnete Petra Pau (Die Linke) konnten nur 30% der Befragten der korrekten Partei zuordnen. Etwa die Hälfte der Befragten kannte die Höhe des Bundeshaushalts und die Anzahl der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Der Kenntnisstand über die aktuelle Arbeitslosenquote und den Ausländeranteil lag jeweils bei rund 30% (Schübel 2018, S. 190–193).

Die Ergebnisse von Schübel sind mit den Resultaten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2008 (ALLBUS) vereinbar, bei der das politische Wissen der deutschsprachigen Bevölkerung ab 18 Jahren in den Bereichen a) politische Strukturen und Politiken, b) Parteizugehörigkeit von Politikern sowie c) Parteizuordnungen auf der Links-Rechts-Skala erfasst wurde. Westle (2012, S. 55–59) stellt in allen drei Bereichen eine große Bandbreite des politischen Wissens fest. Im Bereich politische Strukturen und Politiken vari-

5 Auch das Hohenheimer Inventar zum Politikwissen (Trepte et al. 2017) unterscheidet zwei zentrale Dimensionen des politischen Wissens: Grundlagen (staatliche Strukturen und historische Fakten) und Aktuelles (Themen und Akteure aus verschiedenen Politikfeldern). Die Validierungsstudie des Hohenheimer Inventars beruht allerdings auf einer quotierten Online-Befragung, so dass Rückschlüsse auf die wahlberechtigte Bevölkerung zumindest eingeschränkt sind.